

Positionspapier zur Konferenz der Innenministerin und -minister sowie -senatoren der norddeutschen Küstenländer (Nord-IMK) am 25. Mai 2022 in Osnabrück

Mit dem Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Putins am 24. Februar 2022 auf die Ukraine hat sich die Sicherheitslage in Deutschland, Europa und der Welt grundlegend verändert. Klassische Formen der zivilen und militärischen Verteidigung rücken erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges wieder in den Fokus der Sicherheitspolitik. Die Innenministerin und -minister sowie -senatoren der norddeutschen Bundesländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben sich heute gemeinsam mit dem Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr und den Landeskommmandos der Bundeswehr in den norddeutschen Küstenländern über die aktuelle Bedrohungslage und die daraus resultierenden Handlungsnotwendigkeiten auch auf Ebene der Nord-Bundesländer ausgetauscht.

Der Krieg in der Ukraine, die von gezielter Desinformation begleitete Kriegsführung Russlands, die Hochwasserkatstrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im vergangenen Sommer oder die Corona-Pandemie: Diese Ereignisse und Entwicklungen zeigen exemplarisch, wie vielschichtig die Gefährdungslagen der heutigen Zeit sind. Sie haben ihre Ursachen in internationalen Konfliktlagen genauso wie in geographischen und klimatischen Faktoren. Wir erleben eine neue Anfälligkeit moderner Industrie- und Wissensgesellschaften. Eine gute Zusammenarbeit im Zivil- und Katastrophenschutz und eine ständig wachsende Vernetzung über Landesgrenzen hinweg ist darum – auch und gerade vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Küstenraums der Nordländer – unabdingbar.

Im Einzelnen:

1. Zusammenarbeit im Zivil- und Katastrophenschutz

Obwohl für die Ausstattung im Zivilschutz und der Zivilen Verteidigung in erster Linie der Bund in der Verantwortung steht, sind sich die norddeutschen Küstenländer der Notwendigkeit bewusst, im Rahmen eines integrierten Bevölkerungsschutzes auch die eigenen Kapazitäten und Fähigkeiten im Katastrophenschutz zu stärken. Auch wenn der Brand- und Katastrophenschutz in den norddeutschen Bundesländern für die Aufgaben der täglichen Gefahrenabwehr vor Ort gut gerüstet ist, bedarf es einer materiellen Verstärkung der überörtlichen Fähigkeiten sowie eines Auf- und Ausbaus von Spezialressourcen. Alle staatlichen Ebenen sind gefordert, hierzu ihren Beitrag zu leisten.

Wichtig sind dabei insbesondere Investitionen in die Strukturen des Bevölkerungsschutzes, um z.B. die Trinkwasser- und Energieversorgung zu sichern sowie ausreichend Schutz- und Sanitätsmaterialien vorzuhalten. Auch Maßnahmen wie die Stärkung der Ausstattung der Hilfsorganisationen sowie die Sensibilisierung der Bevölkerung für die Notwendigkeit eigener Mitwirkungsleistungen sollten einen Schwerpunkt bilden. Denn das Mitwirken und die Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger sind für einen funktionierenden Bevölkerungsschutz essentiell.

Diese Initiativen sollten nach Ansicht der norddeutschen Küstenländer vom Bund aufgenommen werden und in ein gemeinsames Konzept, einen ebenenübergreifenden Finanzierungs- und Umsetzungsplan für den Zivil- und Katastrophenschutz, münden.

2. Länderübergreifende Übungen im gemeinsamen Küstengebiet

Beim gemeinsamen Küstenschutz arbeiten die norddeutschen Länder seit Jahren in guter und bewährter Form zusammen. In der Konferenz haben sich die norddeutschen Küstenländer darauf verständigt zu prüfen, wie z.B. im Bereich der gemeinsamen Küstengrenzen zukünftig verstärkt gemeinsame Übungen durchgeführt werden können – etwa zur Bekämpfung von Großschadenslagen oder den Folgen von Extremwetterereignissen. Gerade die Lehren aus den Hochwasserkatastrophen der vergangenen Jahre wie etwa im Ahrtal in Rheinland-Pfalz haben gezeigt, wie sehr es bei der Bewältigung solcher Lagen auf eine reibungslose länderübergreifende Zusammenarbeit ankommt, die bestens erprobt ist und nicht erst im Ernstfall entwickelt werden muss.

3. Zusammenarbeit im Cyberbereich

Unser Staat, unsere Wirtschaft und Gesellschaft sind zunehmend auch Bedrohungen aus dem digitalen Raum ausgesetzt. Nicht zuletzt der weiter anhaltende Krieg in der Ukraine zeigt eindringlich, dass sich Cyberangriffe zu einer neuen Form der hybriden Kriegsführung entwickelt haben. Die Abwehr von Cyberangriffen und der Kampf gegen Desinformationskampagnen haben daher höchste Priorität. Zur effektiven Bekämpfung von Cybercrime und Desinformation sowie zur Stärkung der Cybersicherheit betonen die norddeutschen Küstenländer daher, ihre Zusammenarbeit behördenübergreifend fortzuführen und weiter zu intensivieren. Gleichzeitig ist hier die enge Verzahnung mit den zentralen Strukturen der Cyberabwehr auf Bundesebene von entscheidender Bedeutung.

4. Zusammenarbeit in der Notfallversorgung

Das im Rahmen der Corona-Pandemie erarbeitete Kleeblattsystem, in dem die fünf norddeutschen Küstenländer als „Kleeblatt Nord“ arbeitsteilig wirken, hat sich in seiner Struktur bewährt und dient derzeit auch der Organisation zur Verlegung von stationär behandlungsbedürftigen Ukrainerinnen und Ukrainern, die vor dem Krieg in ihrem Land Zuflucht in Deutschland finden. Das Kleeblattsystem zeigt deutlich, wie hilfreich eine gut strukturierte, länderübergreifende Zusammenarbeit in der Notfallversorgung ist. Die Innenministerin und -minister sowie -senatoren der norddeutschen Küstenländer unterstützen eine Weiterentwicklung des Systems der Notfallversorgung und des Rettungsdienstes.